

Seminar
„Analyse aktueller höchstrichterlicher Rechtsprechung
zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht“

Wintersemester 2011/2012

Themenvorschläge:

1. Medizinisch-psychologische Zwangsbehandlung von im Maßregelvollzug untergebrachten Personen – BVerfG, Beschluss vom 23. März 2011, Az. 2 BvR 882/09.
2. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit auf dem Frankfurter Flughafen und Grundrechtsbindung staatlich beherrschter Unternehmen – BVerfG NJW 2011, 1201.
3. Zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung über die Käfighaltung von Legehennen – BVerfG NVwZ 2011, 289.
4. Zur Verfassungsmäßigkeit einzelner Bestimmungen des Gentechnikgesetzes (GenTG) – BVerfG NVwZ 2011, 94.
5. Zur Vereinbarkeit von § 266 Abs. 1 StGB (Untreue) mit Art. 103 Abs. 2 GG – BVerfGE 126, 170.
6. Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft – BVerfGE 125, 199 und BVerfGE 126, 400.
7. Verfassungswidrigkeit des Effekts des sog. negativen Stimmgewichts – BVerfGE 121, 266.
8. Zur Zulässigkeit der sog. Rettungsfolter – LG Frankfurt NJW 2005, 692 und BVerfG (Kammer) NJW 2005, 656.
9. Kontenabfragen durch Strafverfolgungs- und Finanzbehörden – BVerfGE 118, 168.
10. Begrenzungen der Anwaltsvergütung durch „Kappungsgrenzen“ hinsichtlich Streitigkeiten mit besonders hohen Gegenstandswerten – BVerfGE 118, 1, sowie durch das gesetzliche Verbot anwaltlicher Erfolgshonorare – BVerfGE 117, 163.
11. Abhängigmachung der Vergabe öffentlicher Aufträge von sog. Tariftreuerklärungen, insbesondere im Hinblick auf die Zahlung tariflicher Mindestlöhne – BVerfGE 116, 202.
12. Unterschiedliche Ausgestaltung des Rechtsschutzes gegen Vergabeentscheidungen ober- und unterhalb der sog. Schwellenwerte – BVerfGE 116, 135.
13. Verbreitung staatlicher Informationen zur Sicherung der Markttransparenz und zur Konflikt- und Krisenbewältigung als Grundrechtsproblem – BVerfGE 105, 252.
14. Zur Zulässigkeit der Erhebung von Studienbeiträgen in einzelnen Bundesländern – BVerwGE 134, 1 sowie StGH Hessen NVwZ 2008, 883.
15. Zur Zulässigkeit der Sammlung personenbezogener Daten eines Abgeordneten der Partei DIE LINKE durch das Bundesamt für Verfassungsschutz – BVerwGE 137, 275.
16. Rechtsweg bei Streitigkeiten über die Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der Schwellenwerte der Vergabeverordnung – BVerwGE 129, 9.
17. Zulässigkeit deutscher Finanzhilfen für vom Staatsbankrott bedrohte EU-Mitgliedsstaaten (hier: Griechenland) im Rahmen gesamteuropäischer Rettungsbemühungen (z.B.: Euro-Rettungsschirm) – BVerfGE 125, 385 und BVerfGE 126, 158 (jeweils einstweilige Anordnungen).

Anm. zu Nr. 17: In der Hauptsache (Az. 2 BvR 987/10, 2 BvR 1099/10, 2 BvR 1485/10) wurde vor dem Bundesverfassungsgericht am 5.7.11 mündlich verhandelt, die Entscheidung wird für Oktober 2011 erwartet. Die Bearbeitbarkeit dieses Themas hängt vom rechtzeitigen Ergehen dieser Hauptsache-Entscheidung ab.

Der Erwerb des Seminarscheins setzt voraus:

- die Erarbeitung und Einreichung eines schriftlichen Referates,
- den mündlichen Vortrag des Referates,
- die Einreichung eines Thesenpapiers als Grundlage für die im Anschluss an den mündlichen Vortrag stattfindende Diskussion mit den anderen Seminarteilnehmern/-innen.

Das Seminar ist ein propädeutisches Seminar im Sinne des § 20 Abs. 2 StO und wird als Blockseminar gegen Ende der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2011 stattfinden (Zeit und Ort des Seminars werden noch bekannt gegeben).

Ansprechpartner / Entgegennahme von Anmeldungen: Dr. Zimmermann, Raum 325 (Van't-Hoff-Str. 8), Sprechzeit: mittwochs, 13:00–14:30 h, Tel. 838-53974, E-Mail: Markus.Zimmermann@FU-Berlin.de